(2) Die kooperative Einrichtung ist berechtigt, mit nicht zur kooperativen Einrichtung gehörenden Betrieben und Einrichtungen zusammenzuarbeiten und Wirtschaftsverträge abzuschließen.

(3) Die Festlegungen über die Berechnung der Preise nach dem jeweiligen Preisstand beim Bezug und beim Absatz von Erzeugnissen und Leistungen durch die kooperative Einrichtung werden im Einvernehmen mit dem Leiter des Amtes für Preise gesondert geregelt.

IV.

Rechte und Pflichten der in der kooperativen Einrichtung Beschäftigten

§ 12

(1) Das Arbeitsrechtsverhältnis oder Arbeitsverhältnis der in der kooperativen Einrichtung Beschäftigten wird begründet für

- Arbeiter und Angestellte nach den Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches durch Arbeitsvertrag mit dem Leiter der kooperativen Einrichtung,
- Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks durch eine schriftliche Delegationvereinbarung zwischen dem Genossenschaftsmitglied und dem Leiter der kooperativen Einrichtung sowie dem Vorsitzenden der Produktionsgenossenschaft des Handwerks.

(2) Für die Regelung der Arbeitsrechtsverhältnisse der in der kooperativen Einrichtung tätigen Arbeiter und Angestellten gelten das Arbeitsgesetzbuch und die anderen arbeitsrechtlichen Bestimmungen.

(3) Für die Regelung der Arbeitsverhältnisse der delegierten Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks gelten die Delegationvereinbarung sowie das Statut und die Betriebsordnung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks.

§ 13

(1) Die Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und delegierte Mitglieder von Produktionsgenossenschaften des Handwerks) erhalten ihren Lohn oder ihre Vergütung und alle weiteren Leistungen, die mit der Arbeit in der kooperativen Einrichtung Zusammenhängen, durch die kooperative Einrichtung.

(2) Für die Entlohnung oder die Vergütung, die Arbeitszeitregelung und die Urlaubsgewährung der Beschäftigten in der kooperativen Einrichtung ist der Rahmenkollektivvertrag des Wirtschaftszweiges der volkseigenen Wirtschaft anzuwenden, der mit dem Inhalt der Tätigkeit der kooperativen Einrichtung übereinstimmt oder mit ihr vergleichbar ist. Die Anwendung des entsprechenden Rahmenkollektivvertrages ist auf der Grundlage der Rechtsvorschriften durch den Leiter des Fachorgans des zuständigen Rates des Kreises in Abstimmung mit dem Amt für Arbeit beim Rat des Kreises im Zusammenhang mit der Registrierung des Organisationsvertrages der kooperativen Einrichtung festzulegen. Die Zustimmung des Kreisvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes ist einzuholen.

(3) Die Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses in der kooperativen Einrichtung erfolgt bei Arbeitern und Angestellten nach den Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches.

(4) Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses der delegierten Genossenschaftsmitglieder erfolgt

1. durch Aufhebung der Delegationvereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen,

2. durch Kündigung der Delegationvereinbarung seitens des delegierten Genossenschaftsmitgliedes,
3. durch Kündigung der Delegationvereinbarung seitens der kooperativen Einrichtung,
4. durch fristlose Aufhebung der Delegationvereinbarung.

Die Aufhebung einer Delegationvereinbarung bedarf in den Fällen der Ziffern 3 und 4 der Zustimmung des Rates der kooperativen Einrichtung. Für die Kündigung gelten im übrigen die Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches.

(5) Die Aufhebung oder Kündigung der Delegationvereinbarung beendet bei delegierten Genossenschaftsmitgliedern nicht gleichzeitig das Mitgliedschaftsverhältnis mit der Genossenschaft.

(6) Für die Pflichtversicherung zur Sozialversicherung der delegierten Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks findet die Verordnung vom 9. Dezember 1977 über die Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I 1978 Nr. 1 S. 1) Anwendung.

V.

Nutzung der Produktionsmittel, die Verwendung des wirtschaftlichen Ergebnisses der kooperativen Einrichtung, Bildung und Verwendung der Fonds

§ 14

(1) Die auf der Grundlage des Organisationsvertrages von den volkseigenen oder genossenschaftlichen Wirtschaftseinheiten bereitgestellten materiellen und finanziellen Mittel sind durch die kooperative Einrichtung gesondert zu erfassen und nachzuweisen. Sie werden sozialistisches Eigentum der kooperativen Einrichtung. Gewinne der kooperativen Einrichtung sind entsprechend der Beteiligung des Volkseigentums am wirtschaftlichen Ergebnis der kooperativen Einrichtung als Volkseigentum auszuweisen.

(2) Über die Beteiligung der Partner der kooperativen Einrichtung am wirtschaftlichen Ergebnis gemäß § 16 Buchst. c ist unter Berücksichtigung der eingebrachten materiellen und finanziellen Mittel eine Vereinbarung zu treffen. Diese Vereinbarung bedarf der Zustimmung der im § 5 Abs. 3 genannten Organe und Wirtschaftseinheiten.

§ 15

(1) Zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und der weiteren Entwicklung bildet die kooperative Einrichtung auf der Grundlage der jeweils geltenden Rechtsvorschriften folgende Fonds:

- Grundmittelfonds
- Investitionsfonds
- Umlaufmittelfonds
- Lohn- oder Vergütungsfonds
- Prämienfonds
- Kultur- und Sozialfonds
- Reservefonds.

(2) Zur Bildung dieser Fonds werden verwendet:

- materielle und finanzielle Mittel der beteiligten volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaftseinheiten, einschließlich der Reservefonds der beteiligten Produktionsgenossenschaften des Handwerks,